Ablauf der Referendumsfrist: 24. Juni 1959

Bundesbeschluss

über

die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts

(Vom 20. März 1959)

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 85, Ziffer 3, der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 6. Februar 1959¹⁾,

beschliesst:

Art. 1

¹ Die Mitglieder des Bundesgerichts beziehen eine Jahresbesoldung von 53 000 Franken.

² Der Präsident bezieht eine Zulage von 3600 Franken, der Vizepräsident eine solche von 2400 Franken.

Art. 2

¹ Die Mitglieder des Eidgenössischen Versicherungsgerichts beziehen eine Jahresbesoldung von 47 000 Franken.

² Der Präsident bezieht eine Zulage von 2400 Franken, der Vizepräsident eine solche von 1800 Franken.

Art. 3

¹ Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, die infolge Krankheit, Alter oder Nichtwiederwahl aus dem Amt ausscheiden, haben Anspruch auf ein Ruhegehalt.

² Für Mitglieder des Bundesgerichts beträgt das jährliche Ruhegehalt 260 Franken multipliziert mit der Summe der Lebensjahre beim Ausscheiden aus dem Amt und der anderthalbfach gezählten Amtsjahre. Es darf 23 500 Franken im Jahr nicht übersteigen.

¹⁾ BBl 1959, I, 236.

³ Für Mitglieder des Versicherungsgerichts beträgt das jährliche Ruhegehalt 230 Franken multipliziert mit der Summe der Lebensjahre beim Ausscheiden aus dem Amt und der anderthalbfach gezählten Amtsjahre. Es darf 21 000 Franken im Jahr nicht übersteigen.

⁴ Für die Berechnung der Anzahl der Amts- und der Lebensjahre nach Absatz 2 oder 3 zählen Bruchteile von mehr als sechs Monaten als ganzes Jahr.

Art. 4

Solange ein ehemaliges Gerichtsmitglied ein Erwerbseinkommen erzielt, das zusammen mit dem Ruhegehalt die Jahresbesoldung eines Gerichtsmitgliedes übersteigt, wird das Ruhegehalt um den Mehrbetrag gekürzt.

Art. 5

¹ Die Witwe eines ehemaligen Gerichtsmitgliedes hat für die Dauer des Witwenstandes Anspruch auf die Hälfte des Ruhegehaltes nach Artikel 3, sofern die Ehe vor dem Ausscheiden aus dem Gericht geschlossen worden ist.

² Jede Waise hat bis zum vollendeten zwanzigsten Altersjahr Anspruch auf eine jährliche Waisenrente von 2800 Franken. Für Vollwaisen erhöht sich dieser Anspruch auf 5600 Franken.

³ Die Leistungen an Hinterbliebene dürfen zusammen vier Fünftel des Ruhegehalts nicht übersteigen.

Art. 6

Zu den in diesem Beschluss festgesetzten Besoldungen und übrigen Leistungen werden die gleichen Teuerungszulagen wie zu den Besoldungen und Renten des Bundespersonals gewährt.

Art. 7

¹ Dieser Beschluss tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1959 in Kraft. Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt.

² Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens werden aufgehoben:

- der Bundesbeschluss vom 29. März 1950 über Bezüge der Mitglieder des Schweizerischen Bundesgerichts;
- der Bundesbeschluss vom 29. März 1950 über Bezüge der Mitglieder des Eidgenössischen Versicherungsgerichts;
- der Bundesbeschluss vom 5. Oktober 1956 über die Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts;
- Artikel 2 des Beschlusses der Bundesversammlung vom 18. Dezember 1958 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal für das Jahr 1959.

³ In Artikel 6 des Beschlusses der Bundesversammlung vom 18. Dezember 1958 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Bundespersonal für das Jahr 1959 wird «Buchstaben a und b» durch «Buchstabe b» ersetzt.

Art. 8

Der Bundesrat wird beauftragt, gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse die Bekanntmachung dieses Beschlusses zu veranlassen.

Also beschlossen vom Ständerat,

Bern, den 20. März 1959.

Der Präsident: **Aug. Lusser**

Der Protokollführer: **F. Weber**

Also beschlossen vom Nationalrat,

Bern, den 20. März 1959.

Der Präsident: **Eugen Dietschi**

Der Protokollführer: **Ch. Oser**

Der Schweizerische Bundesrat beschliesst:

Der vorstehende Bundesbeschluss ist gemäss Artikel 89, Absatz 2, der Bundesverfassung und Artikel 3 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zu veröffentlichen.

Bern, den 20. März 1959.

Im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

Bundesbeschluss über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts (Vom 20. März 1959)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1959
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	12
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.03.1959
Date	
Data	
Seite	558-560
Page	
Pagina	
Ref. No	10 040 527

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.